



braucht gesetzliche Grundlagen

ANDY TSCHÜMPERLIN

Nationalrat aus Rickenbach SZ,
Präsident Schweizerischer Bund
für Elternbildung SBE
Kontakt:
andy-tschuempelin@parl.ch
www.andy-tschuempelin.ch

Menschen mit ihrem Wissen und ihrer Arbeitskraft sind das wichtigste Gut in unserem Land. Es ist daher wichtig, dass Kinder und Jugendliche von Geburt an in einem sichern und gesunden Umfeld aufwachsen können. Sie sollen gefördert und gefordert werden und eine gute Ausbildung erhalten, die es ihnen ermöglicht, sich in der Welt von Morgen behaupten zu können. Diese Aufgabe ist nicht Privatsache, sondern muss vom Staat mitgetragen werden. Elternbildung unterstützt die Eltern in ihrem Elternsein und sollte für alle Erziehenden in der Schweiz niederschwellig nutzbar sein.

Die Diskussion über familienpolitische Themen ist geprägt von Wertvorstellungen und weltanschaulichen Überzeugungen zu Fragen der Lebensführung und des Zusammenlebens. Eigene Erfahrungen und Bedürfnisse stehen dabei an erster Stelle. In der Politik zeigen aktuell die sehr emotional geführten Auseinandersetzungen rund um die Harmonisierung der obligatorischen Schule HARMOS, wie schwierig solche Diskussionen zu führen sind. Vor allem Mütter sind verunsichert durch eine scheinbare frühe Verschulung. Es gelingt nicht, mit sachlichen Argumenten Vorteile aufzuzeigen, welche einer Mehrheit der Kinder bessere Chancen bringen würden und so längerfristig Wirkung auf die Gesellschaft in der Schweiz haben könnten. Auch politische Vorstösse zu Familienfragen stützen sich auf solche gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen, bei denen die eigene Perspektive wichtig ist und nicht das Wohl der Allgemeinheit. Die ausserparlamentarische Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen EKFF ist beratendes Organ des Bundes und Drehscheibe im Bereich der Familienpolitik. Familienpolitische Vorschläge werden in dieser Kommission erarbeitet, Familienforschung angeregt und vorangetrieben. Die Pro Familia Schweiz nimmt als Kompetenzzentrum für Familienpolitik die Interessen der Familien wahr. Was fehlt, ist eine flächendeckende, für alle Erziehenden zugängliche Unterstützung im Elternsein.

Staat: Einmischen nein – unterstützen ja

Wenn also über die Frage diskutiert wird, ob sich der Staat in den privaten Bereich der Familie

«einmischen» darf, dann sind nicht Emotionen, sondern Fakten gefordert. Zur Situation der Familien von heute einige Eckdaten kurz zusammengefasst:¹

- Gut die Hälfte der Bevölkerung lebt in einem Haushalt mit Kindern. Ein Drittel aller Haushalte sind Einpersonenhaushalte. Sie haben in den letzten Jahren stark zugenommen.
- Der Wandel der Familienformen hat sich fortgesetzt. Mehrgenerationenhaushalte sind in den letzten Jahren zurückgegangen, eine Pluralisierung der Familienformen lässt sich beobachten und ist gesellschaftlich weitgehend anerkannt.
- Heute werden halb so viele Kinder geboren wie Mitte der 60er Jahre.
- Die Scheidungshäufigkeit ist angestiegen. Von Scheidung betroffen sind heute doppelt so viele Kinder wie 1970.
- Familien haben ein überdurchschnittliches Armutsrisiko. Dies gilt insbesondere für Alleinerziehende und kinderreiche Familien.
- Die Kinderkosten sind in der Schweiz hoch.
- Mütter sind häufiger erwerbstätig als früher – viele Familien sind auf deren Einkommen angewiesen.
- Familien wenden für die Erwerbs-, Haushalts- und Familienarbeit wesentlich mehr Zeit auf als Personen in Haushalten ohne Kinder.
- Heute nimmt ein Drittel der Haushalte mit Kindern familienergänzende Kinderbetreuung in Anspruch.
- Jede dritte Familie in der Schweiz ist eine Familie mit Migrationshintergrund.

Elternbildung als gesellschaftspolitische Aufgabe

Aufgrund dieser Eckdaten gibt es genügend überzeugende Argumente, um die Elternbildung als gesellschaftspolitische Aufgabe zu verankern. Die drei wichtigsten lauten:

- Vor 50 Jahren haben junge Mütter und Väter in Erziehungsfragen das Modell ihrer eigenen Eltern übernommen. Bei Unsicherheiten haben sie die ältere Generation zu Hilfe geholt und um Rat gefragt. In unserer stark wandelnden Gesellschaft mit veränderten Werten sind die Rezepte der Grosselterngeneration nur noch zum Teil gültig.
- Die Möglichkeit, die Anzahl und den Moment der Nachkommenschaft zu planen hat es mit sich gebracht, dass Kinder zu etwas Besonderem geworden sind. In derselben Zeitspanne sind die Kinder und Jugendlichen selbstbewusster geworden und haben ihre eigene Kultur entwickelt. Die Marktwirtschaft hat ihr Interesse an dieser neuen Konsumentengruppe entdeckt und das Angebot enorm entwickelt. Und: Kinder sind wertvoll – solange sie so sind, wie die Gesellschaft sie gerne hätte.
- Diese grundlegenden Veränderungen machen das Erziehen bedeutend schwieriger. Viele Eltern sind kompetent, holen sich Informationen und sind in der Lage, diese im Alltag umzusetzen. Eltern stossen aber auch an Grenzen. Hier ist es wichtig, sie zu stärken und ihnen neue Wege aufzuzeigen. Elternbildung ist vor allem präventiv und jener Ort, wo Eltern ihr erzieherisches Verhalten reflektieren, sich Wissen aneignen und so ihr Verhalten ändern können.

Der Staat sollte dazu Sorge tragen, dass Elternbildung als präventive Unterstützung der Erziehenden ein Grundrecht wird wie der Besuch der Volksschule. Sie sollte für alle Eltern zugänglich sein und die persönlichen, sprachlichen und sozialen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Die Finanzierung vor allem für Personen mit kleineren und mittleren Einkommen sollte beispielsweise mittels Bildungsgutscheinen sichergestellt werden. Die Elternbildung ist mit ihren unterschiedlichen Angeboten der Ort, wo Eltern der Wert ihres Einsatzes bewusst gemacht wird und wo sie Unterstützung erhalten. Diese brauchen sie, um ihrer über Jahre dauernden Aufgabe nicht müde zu werden.

Föderalismus führt zu riesigen Unterschieden

Die Familienpolitik und damit die Elternbildung ist in der Schweiz stark föderalistisch und subsidiär geprägt. Sie war bisher in erster Linie Aufgabe der Kantone. Die Folge dieser Aufgabenteilung ist, dass sehr unterschiedliche Bedingungen für Angebote in der Elternbildung in den Kantonen vorhanden sind. Gut sind sie im Kanton Zürich, wo das Amt für Jugend und Berufsbildung seit 56 Jahren eine Fachstelle Elternbildung betreibt. Von 39'000 Teilnehmenden eines Kurses wohnten 29'000 im Kanton Zürich.²

Im Kanton Zürich finden jährlich rund 1700 Elternbildungsveranstaltungen statt. Sie richten sich an alle Personen, die mit der Erziehung von Kindern zu tun haben. Es gibt auch kleine Kantone, die sehr gute Elternbildungsangebote anbieten wie zum Beispiel der Kanton Schaffhausen – die Elternbildung ist dort sogar gesetzlich verankert. In einzelnen Landesteilen ist die Elternbildung noch wenig verbreitet. Darum braucht es gesetzliche Grundlagen des Bundes zur Förderung der Elternbildung in allen Kantonen.

Elternbildung in der Bundesverfassung

Leider findet sich kein Artikel in der Bundesverfassung der Schweiz. Eidgenossenschaft, der explizit die Elternbildung benennt. Aber aus den beiden folgenden Artikeln kann die Elternbildung als staatliche Aufgabe verstanden werden:

Art. 116 Familienzulagen und Mutterschaftsversicherung¹

Der Bund berücksichtigt bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Bedürfnisse der Familie. Er kann Massnahmen zum Schutz der Familie unterstützen.

Art. 41 Sozialziele¹

Bund und Kantone setzen sich in Ergänzung zu persönlicher Verantwortung und privater Initiative dafür ein, dass:

c. Familien als Gemeinschaft von Erwachsenen und Kindern geschützt und gefördert werden.

Familienpolitik ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Familienpolitik ist letztlich Gesellschaftspolitik. Sie betrifft verschiedene gesellschaftliche Bereiche und ist deshalb eine Querschnittsaufgabe, die rechtliche, ökonomische, ökologische und pädagogische Massnahmen umfasst. Die Schweiz gab im Jahr 2000 lediglich 1,9% des Bruttoinlandprodukts (BIP) für die Unterstützung von Familien aus und befindet sich damit im europäischen Vergleich auf den hinteren Rängen. ■

Die Koordination der Elternbildung ist Bundessache und sollte zukünftig kostendeckend mit einem Leistungsauftrag an den Schweizerischen Bund für Elternbildung SBE vergeben werden, der sich seit über mehr als 40 Jahren auf nationaler Ebene für die Koordination und Professionalität in der Elternbildung einsetzt. Eine längerfristige Finanzierung der Angebote muss dadurch sichergestellt sein.

Anmerkung:

¹ Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen EKFF, Bern (2005). Die Leistungen der Familien anerkennen und fördern. Strategische Leitlinien 2010.

² Schweizerischer Bund für Elternbildung SBE (2008). Jahresbericht 2007. Statistik 2007.